

## 1. Infos und Berichte

- Mosaik e.V. wird in Dortmund-Eving bauen. Das Gebäude ist geeignet für ca. 35 Menschen verteilt auf 18 Wohneinheiten inklusive Gemeinschaftsräume. Zurzeit gibt es zahlreiche Treffen und demnächst Informationen an die Presse. Es sind noch Kapazitäten vorhanden für weitere Bewohner, auch für Familien. Die rechtliche Struktur ist: Verein und Genossenschaft. Ein großer finanzieller Anteil wird von der Genossenschaft getragen. Der Genossenschaftsanteil kann bis zu einem gewissen Maße von einem Kostenträger übernommen werden. Es werden ca. 600 €/qm für den Genossenschaftsanteil gefordert. Das LWL ist nicht Teil des Projektes, da nicht mindestens 10 Menschen mit Hilfebedarf in dem Projekt sein werden.
- Elterninitiative Wohnen im Ort baut ihr Wohnprojekt in Dortmund Hombruch und hat sich erfolgreich für das 10 Mio. Programm des LWL beworben. Das Projekt ist eines von 15 Projekten, die unterstützt werden. Ziel: Bau eines Apartmenthauses nur für Menschen mit Beeinträchtigungen. Der Spar- und Bauverein baut mit und es wurde eine Wohnschule vom Landesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte initiiert. Ziel der Wohnschule ist das Erlernen des Lebens in einer Wohngemeinschaft und das Erlernen des Lebens in eigener Wohnung inklusive sozialer Kompetenzen mit dem Ziel Selbstständigkeit zu erlernen und mit anderen Menschen zu wohnen. Hilfebedarf der Bewohner ist bestätigt, das Hilfebedarfsverfahren ist noch nicht vollständig angelaufen.
- Bericht Treffen zur Umsetzung in UN BK in Krankenhäusern. Treffen mit Gesundheitsamt, Beauftragter der Stadt Dortmund und mehreren Krankenhausvertretern. Ergebnis war die Feststellung, dass die Umfrage zur Situation von Menschen mit Behinderungen nicht zum Erfolg geführt hat. Zwei große weitere Arbeitsfelder wurden identifiziert: Bauliche Maßnahmen (zusammen mit der Agentur Barrierefrei) und personelle Maßnahmen. Eine Gruppe im Inklusionsbeirat soll sich mit der medizinischen Versorgung beschäftigen und Vorschläge einbringen. Absprache ist, dass es nach den Sommerferien in diesem Jahr ein weiteres Treffen der Gruppe geben wird und die Runde sich mit den erarbeiteten Vorschlägen beschäftigen wird. Es wurde berichtet, dass die städtischen Kliniken ihr Aufnahmemanagement verbessert haben.
  - i. Kritisches Argument aus der Runde, dass keine Mitarbeiter aus dem Krankenhaus zusammen mit dem Inklusionsbeirat Vorschläge erarbeiten.
  - ii. Frage aus der Runde, inwiefern sich die Situation auf der Station nach der Änderung des Aufnahmemanagements verändert hat.

## 2. Neues Beratungsangebot in Dortmund im Rahmen der EUTB

- Die neuen Beratungsangebote von MOBILE-Selbstbestimmtes Leben Behinderter e.V. und vom Betreuungsverein Lebenshilfe kooperieren eng. (Weitere Informationen siehe Anhang)
  - i. Frage, ob es eine Aufwandsentschädigung für die ehrenamtlichen BeraterInnen gibt. Antwort: Aufwandsentschädigung ist vom Bundesministerium explizit nicht vorgesehen. Unterkunft und Fahrtkosten für Weiterbildung werden vom Ministerium bezahlt.
  - ii. Frage, ob die Stellen befristet sind und wie es nach den 3 Jahren weiter gehen wird. Antwort: Beratungsstellen sind auf 3 Jahre befristet mit Option auf 5 Jahre. Es gibt eine wissenschaftliche Begleitung der Beratung unter

Berücksichtigung des Datenschutzes. Die Koalitionsvereinbarung beinhaltet einen Satz, die Teilhabeberatung nach den 5 Jahren weiterzuführen.

- iii. Frage, ob die Teilhabeberatung als Konkurrenz oder als Verstärkung zu bereits bestehenden Beratungsstellen zu sehen ist. Antwort:  
Teilhabeberatung hat den Auftrag jeden zu beraten. Der gesetzliche Auftrag beinhaltet nur Fragestellungen zum SGB IX. Die Beratungsstelle von MOBILE strebt an, die Personen ggf. an das geeignetste Beratungsangebot zu verweisen.
  - iv. Frage, wie mit Menschen umgegangen wird, die zwischen den Beratungsstellen hin und her wechseln. Antwort: Wenn die Person es so will, dann kann die Person sich frei entscheiden, von wem sie beraten wird.
  - v. Frage nach der Geschlechteraufstellung der Beratungsstellen. Antwort: Bei der EUTB von MOBILE beraten 5 Frauen. Beim Betreuungsverein der Lebenshilfe arbeiten eine Frau und ein Mann.
  - vi. Frage: Ob die Betroffenen auf die unabhängige Teilhabeberatung hingewiesen werden, bevor sie auswärtig untergebracht werden. Antwort: Es kann als Beratungspunkt aufgenommen werden. Es wird im Rahmen des Nachholtermins der Regionalplanungskonferenz noch einmal angesprochen werden.
- Bericht der KMPE (Koordinierungsgruppe Mitbestimmung Psychiatrie-Erfahrener): Seit 2005 existiert dieses Beratungsangebot. Insgesamt gibt es mittlerweile 11 Peer-BeraterInnen, davon 3 Ex-IN. Zusätzlich befinden sich 8 in der Ausbildung zum Ex-IN. Insgesamt existieren 5 Standorte: im Gesundheitsamt, in der Haltestelle, in KLUW e.V., im Knappschaftskrankenhaus Dortmund und im Wilhelm-Hansmann-Haus. Kontaktadressen befinden sich auf dem Flyer. Das Beratungsangebot ist für Betroffene und Angehörige. KMPE hat einen Antrag auf 1,5 Stellen im Rahmen der Teilhabeberatung gestellt, bisher jedoch noch keine Rückmeldung erhalten.  
Frage: Wie man bei hörgeschädigten und depressiven Menschen vorgehen kann. Antwort: Dolmetscher\*innen bzw. Kommunikationsmittel sind im Tagessatz der Kliniken inkludiert. Die Kolleginnen von der EUTB-MOBILE machen das Angebot, in den nächsten Wochen eine Kooperation zu besprechen.

### 3. Besprechung Regionalplanungskonferenz

- Tagesordnung steht bereits fest
- Wunsch der Anwesenden, dass im Rahmen der Konferenz darauf hingewiesen wird, dass voraussichtlich auswärtig Untergebrachte offensiv auf die Beratung im Rahmen der Teilhabeberatung hingewiesen werden.
- Wunsch der Anwesenden, dass für Menschen mit Wunsch auf einen Wohnheimplatz in Dortmund sofort eine Suche nach Alternativen in Dortmund gestartet wird.
- Wunsch der Anwesenden, dass Zahlen der Unterbringung im Jahr 2017 im Rahmen des Nachholtermins dargestellt werden.
- Frage, wer für die Suche nach geeigneten Grundstücken für die Umsetzung von Wohnmodellen verantwortlich ist und welche Kriterien ein geeignetes Grundstück erfüllen muss.
- Anfrage an den LWL, ob es eine Art Garantie der Kostenübernahme für neue Wohnmodelle geben kann.